

Südeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der "Südeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mr.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechzehnpfennige "Postkarte" oder deren Raum 40 Pf., Veranlassungs-, Arbeits- und Wohnungsauszeichen 30 Pf., ausdrückliche Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gebrühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 128.

Dienstag, den 4. Juni 1918.

25. Jahrg.

Kriegsbeschädigte und Sammlungen.

Ein Kriegsbeschädigter schreibt dem "Vorwärts":

Die Kriegsbeschädigten haben sich um das Vaterland wohl verdient gemacht und darum wird jetzt für sie eingezammt. Die armen Krüppel, die schon jetzt zu Hunderten tausenden mit zerschossenen Armen und Beinen herumhumpeln, dürfen Augenzeugen sein, wie feiertäglich gekleidete Jungen und Mädchen unermüdlich den Passanten ihre Sparbüchsen hinhalten und diese eisernen und papiernen Kriegsverschärfung hineinwerfen.

Die Kriegsbeschädigten ersehen daraus, daß Kultur und humane Gesinnung seit 1870/71 in unserem Vaterlande gewaltige Fortschritte gemacht haben. Damals ließ man die Kriegsbeschädigten in Berlin mit Drehorgeln bewaffnet an die öffentliche Mildtätigkeit appellieren, heute schickt man für sie die Kinder an belebte Straßenecken und überträgt diesen die Aufgabe des Einsammelns.

Der Kriegsbeschädigte, der auf seinen Stock gestützt, dieses Straßenbild beobachtet, erhält dadurch zweifellos eine gewaltige Stärkung seines Selbstgefühls. Mitunter wird er sogar zu einer Art Größenwahn verleitet, so wenn auch er selber immer wieder aufgesfordert wird, etwas für die Kriegsbeschädigten beizusteuern. Ich zählte jedenfalls auf einem relativ kurzen Gang 27 solcher Aufforderungen, mir selbst zu helfen, und meinen Kameraden ist es nach meiner Beobachtung nicht anders ergangen. Der Fortschritt gegen 1870 ist offensichtlich. Aus der Rolle des demütigen Nehmers sind wir in die des stolzen Geberts übergegangen. Die andern sammeln und wir geben!

Die Leitung der Ludendorff-Spende besteht unzweifelhaft aus Männern, die es sehr gut mit uns Kriegsbeschädigten meinen, aber zunächst muß ich an ihnen tadeln, daß sie den guten Willen des Publikums, für die Kriegsbeschädigten schlechthin etwas zu geben, nicht richtig einzuschätzen scheinen. Warum halten sie es für notwendig, durch die immer wieder betonte Voranstellung des Namens eines gewiß verdienten Generals, den Blick von dem eigenen Zweck der Sache abzulenken. Glauben sie, daß es nicht gehügend Anfang gefunden hätte, wenn sie schlicht für eine "Kriegsbeschädigten-Spende" geworben hätten, anstatt für eine pompös aufgemachte "Ludendorff-Spende"? Ich habe die Beobachtung gemacht, daß gerade dieser Name weite Kreise darüber täuscht, daß es sich um eine Sache der Allgemeinheit handelt. Durch die immer wieder in den Vordergrund gestellte Nennung des Namens des Generals Ludendorff sind viele Arbeiter zu der irriegen Meinung gelangt, die Sammlung gehe lediglich von gewissen Kreisen aus, die den Namen des Generalquartiermeisters — ich weiß nicht, ob zu Recht oder zu Unrecht — zum Vorspann ihrer politischen Zwecke zu machen pflegen. Das macht sie mißtrauisch und zurückhaltend.

Die Leiter der Ludendorff-Spende betonen, daß sie dem Reich keine Verpflichtungen gegen die Kriegsbeschädigten nicht abnehmen wollen. Sie wollen nur dort helfen, wo die schematisierte öffentliche Hilfe versagt. Sehr billigwert! Aber dann sollten sie vor der Veranstaltung von Sammlungen das Reich vor allem dazu treiben, daß es seine Verpflichtungen gegen die Kriegsbeschädigten auch wiewohl erfüllt. Seit Jahr und Tag erucht der Reichstag die Regierung, den Kriegsbeschädigten ihre absolut unzureichenden Renten zu erhöhen. Auch aus den Kreisen der Kriegsbeschädigten selber ist wiederholt in diesem Sinne dringend petitioniert worden. Man hat darauf hingewiesen, daß die Kriegsbeschädigten — und mit ihnen die Kriegsverwitwen und -waisen — zurzeit ziemlich die einzigen Empfänger fester Bezüge sind, denen man trotz der immer noch steigenden Tendenz auch nicht die geringste Tenerungsablage gewährt. Man hat die Beamtengehälter, die Familiunterstützungen, die Witwen- und Waisenrenten, die Soldatenlöhne erhöht — nur die Kriegsrenten stehen immer noch auf ihrer unter Friedensverhältnissen festgesetzten Höhe oder vielmehr Tiefe.

Die Reichsregierung aber bringt bis heute kein Gegelein, um den Kriegsbeschädigten, den Kriegswitwen und Kriegswaisen zu helfen. Sie hat offenbar zuviel andere zu tun. Die Kriegsbeschädigten aber warten. Bei vielen herrigt bitteres Elend. Nach der amtlich aufgenommenen Statistik betrug das durchschnittliche Monatseinkommen der gänzlich erwerbsfähigen Invaliden im Rheinland — 67,80 Mark. Die Unterernährung holt sich namentlich hier, wo sie geschwächte Körper vorfindet; Opfer auf Opfer. Derweilen wird gesammelt, nicht um dem Reich seine Pflicht abzunehmen. Aber wann wird endlich die Reichsregierung auf ihre Pflicht sich befreien?

Doch ich will nicht ungerecht sein. Es ist etwas geschehen. Die Kriegsbeschädigten haben ein Vermundetenabzeichen bekommen. In Gold, Silber und schwarz. Drei Klassen. Vielen Kriegsbeschädigten will die Berechtigung solcher Klassenscheidung nicht in den Kopf. Hat der weniger gefüllten der gleich beim ersten Schuß das ganze Bein verloren, als der, der fünf Streifschüsse erhielt?

Aber jetzt, wo gesammelt wird, kommt diese Klassifizierung natürlich nicht in Betracht. Die Kriegsbeschädigten genießen die volle Sympathie des Publikums, namentlich solange sie gewillt sind, das zu bleiben, als was empfindsame Frauenzimmer (beiderlei Geschlechts) sie sich ausmalen und kitschige Rührfilme sie hinstellen; gute, hilfsbedürftige Kinder, die sich gerne streicheln und hätschen lassen, die sich natürlich freuen, wenn für sie eingesammelt wird.

Zeigen die Kriegsbeschädigten einmal, daß sie durch den Verlust eines Armes oder Beines nicht eigentlich unmündig oder geschäftsunfähig geworden sind, daß sie denkende Männer blieben oder auch durch den Krieg wurden, dann geht ein unmutiges Staunen durch die Reihen der Wohltäter und die Sympathie ist plötzlich verschwunden. Warum hat die Leitung der Ludendorff-Spende, die es sicher gut mit den Kriegsbeschädigten meint, z. B. nicht daran gedacht, daß es doch ganz gut wäre, die Kriegsbeschädigten, ehe man ihnen hilft, um ihre eigene Ansicht und Meinung hierüber zu befragen. Warum haben sie keinen einzigen Vertreter der trotz ihrer Jugend zahlreichen und großen Kriegsbeschädigtenorganisationen zur Mitarbeit herangezogen? Über der Mann hätte vielleicht gesagt, daß öffentliches Sammeln auf den Straßen und Plätzen nicht recht dem Bilde entspreche, das er und seine Kameraden sich von der Hilfsleistung der Heimat für die Kriegsbeschädigten gemacht haben. Er hätte vielleicht schwieriger und ernster Wege der Hilfsleistung verlangt. Und das hätte vielleicht manchen verdrossen, dem das Organisieren öffentlicher Straßensammlungen während des Krieges nachgerade Herzenschlag geworden ist.

Das ist gewiß nur eine Kleinigkeit, aber doch ein Symptom für größere Dinge, die wir bereits erlebt haben. Als die Kriegsbeschädigten im Januar in einer Versammlung der Vaterlandsparthei gegen die annexionistischen Ziele des Herrn Fuhrmann durch Zwischenrufe protestierten, wurden sie vom Referenten bestimmt und von den vaterlandspartheilichen Heimtriegern aus dem Saal geprügelt. Und seitdem der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer als gerechten Ausgleich für die Leistungen der Männer an der Front das gleiche Wahlrecht fordert, nennt ihn der "Reichsbote", das ironische, pastoral geleitete Blatt, eine "anrüchige Organisation". Diesen christlichen Leuten, denen sicher die heutige Sammlung aus dem Herzen spricht, sind also Kriegsbeschädigte sofort "anrüchig", wenn sie sich erdreisten, in öffentlichen Dingen anders als sie zu denken.

Dieselben Standpunkt nehmen auch die Behörden ein. Für die Kriegsbeschädigten haben sie natürlich alle mögliche Sympathie, aber die selbstgeschaffenen Organisationen der Kriegsbeschädigten sind ihnen ein Greuel. Zu Anfang haben sie, wie Geheimrat Wesiphal, der Vorsitzende der Kriegervereine, rühmte, diese Organisationen "totgemacht". Als das nicht mehr ging, haben sie sie zwar geduldet, aber ihnen nach Leibeskraften das Leben sauer zu machen gefügt. — Die Grohnduscrie schließlich, voran die Firma Krupp, hat die organisierten Kriegsbeschädigten gemäßigt und damit zum Ludendorff gebracht, daß ihr Dank an die Leute, auf deren Kosten sie ihre Millionengewinne machen konnte, auch heute noch darin besteht, ihre Gesinnung zu kritisieren und ihre geistige Freiheit zu knebeln.

Das alles kann ein denkender Kriegsbeschädigter nicht vergessen, wenn er sieht, wie sich jetzt einige Tage lang der Strom der öffentlichen Sympathie über die Kriegsbeschädigten ergiebt. Diese Zeilen sollen niemanden abhalten, der geben will, Hand und Portemonnaie zu öffnen. Aber niemand, der die Ludendorff-Nadel auf dem Rockaufschlag trägt, soll glauben, damit seiner Pflicht gegen die Kriegsbeschädigten genügt und ihre Forderungen erfüllt zu haben.

Die Kriegsbeschädigten fordern Höheres und nicht nur Materielles: sie fordern neben ihrer staatlichen Sicherstellung ein freies Deutschland, das sie als gleichberechtigte Bürger anerkennt, das ihnen nicht nur schöne Worte gibt, sondern auch ihre Meinung achtet, mag sie gewissen Kreisen auch noch so unangenehm sein!

Die kommenden Parlamentstagungen.

Am heutigen Dienstag treten die Parlamente im Reich und in Preußen wieder zusammen. Sie werden in ihren Sommertagungen wichtige Entscheidungen zu fällen haben, aber die Erfüllung der Regierung ist schwerlich bedroht. Die Kriegserfahrungen haben gezeigt, daß im allgemeinen Ministerien nur dann kürzen, wenn außenpolitisch die Dinge nicht nach Wunsch gehen. Bethmann wäre vielleicht noch heute Reichskanzler — und sicherlich haben wir für ihn bisher nichts Besseres einzutauschen — wenn nicht im Juli vorigen Jahres der Reichstag gerade zu einer Zeit zusammengetreten wäre, in der sich herausstellte, daß der Unterseebootkrieg so rasch nicht zum Ziele führt, wie manche Be-

rechnungen versprochen hatten, in der die russische Revolution gerade zur Kerenski-Offensive gedrangt war; in der die amerikanischen Kriegserklärungen Schlag auf Schlag folgten und die Beziehungen zur Schweiz und zu Norwegen durch den Fall Hoffmann und die Affäre des Kuriers mit den Bomben bedroht schienen. Als einziger Ministerpräsident ist allen kriegsführenden Staaten amtierend von Kriegsausbruch an bis heute der Bulgar Radevow, einfach deshalb, weil Bulgarien im Kriege bisher Erfolg auf Erfolg erzielt, alle nationalen Ziele erreicht und ernstere Rückschläge nicht durchgemacht hat. So mögen denn heute wohl Clemenceau und Lloyd George besorgt auf die Parlamentstagungen blicken, die eben auch in ihren Ländern wieder beginnen, aber der Regierung Herrling-Kühlmann sicher, wenn nicht innere Gegensätze ausbrechen, die Siege der deutschen Heere im Westen den Bestand. Woher sollte den Bürgertum der Entschluß zum Sturz einer Regierung kommen, wenn in vier Tagen die Truppen 50 Kilometer vordringen, die Marne erreichen, Soissons nehmen und Reims unmittelbar bedrohen?

Der Reichstag hat sich zunächst einen neuen Präsidenten zu wählen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß für den verstorbenen Kampf der badische Juristusjurist Nehrenbach den Platz im Reichstage übertragen erhalten wird. Offen ist die Frage, ob darüber hinaus eine völlige Neuwahl des Präsidiums oder wenigstens die Wahl eines weiteren sozialdemokratischen Vizepräsidenten herbeigeführt werden soll. Es sprechen gewiß manche Gründe dafür, daß die Fraktion diesen Anspruch erhebt, aber nur sie selbst wird ermessen können, ob der Zeitpunkt dazu geeignet ist.

Die Hauptarbeit des Reichstages wird den neuen Steuern gelten. Die Verbrauchsabgaben, welche die Regierung vorschlägt, sind nicht nur grundsätzlich zu bekämpfen, sondern auch deshalb verfehlt, weil sie größtenteils erst nach dem Kriege Geld einbringen, denn natürlich erwartet niemand jetzt Einnahmen von erhöhten Abgaben auf Kaffee und Tee. Aus sozialen und finanztechnischen Gründen ist deshalb eine gründliche Heranziehung der großen Einkommen und Vermögen, der privaten Kriegsgewinne und der Erbschaften unabwendlich. Daß der Reichstag während des Kriegs mit gewaltiger Mehrheit alle Steuern bewilligt, die man von ihm fordert, ist nicht im mindesten zweifelhaft; der ganze praktische Erfolg unserer Kriegsführung kann daher nur darin bestehen, daß sie einen möglichst großen Teil auf die Besitzenden abzuwälzen sucht. Weniger im Kampf gegen die neuen Kriegssteuern als in der Durchsetzung neuer Steuern, welche die Arbeiterschaft nicht treffen, muß sich diesmal ihre Kunst beweisen.

Im Landtag steht alles überragend die Frage der Wahlrechtsreform weiter im Vordergrund. In wenigen Tagen wird das Abgeordnetenhaus die vierte Sitzung vornehmen. Die vielbesprochenen Kompromißverhandlungen der letzten Tage werden zwischen den Konservativen, den Freikonservativen und dem schwerindustriellen Flügel der Nationalliberalen geführt und haben das Ziel, doch noch ein Pluralwahlrecht in die jetzige Lücke der Vorlage hineinzutragen. Man darf annehmen, daß der wahlrechtsfreundliche Flügel der Nationalliberalen und vor allem die Regierung diesem Treiben ganz fernstehen und daß für sie jede Formel unannehmbar ist, welche die Gleichheit des Wahlrechts zugunsten des Kapitals tatsächlich aufhebt.

Die Regierung will noch einmal versuchen, im Herrenhaus ihre Vorlage zu retten. Wir verurteilen dieses lange Zögern; die Regierung hat aber erklärt, daß sachlich klar gestellt ist, daß im Laufe des Herbstes die Auflösung erfolgt, wenn bis dahin das gleiche Wahlrecht im jetzigen Landtag nicht durchgesetzt ist. Dieser sehr wahrscheinliche Wahlkampf unter dem Dreiklassenwahlrecht wird nicht leicht zu gewinnen sein. Die beste Arbeit für die Wahlreform wird daher gegenwärtig wohl darin bestehen, ihn so vorzubereiten, daß eine wahlrechtsfreundliche Mehrheit gesichert wird.

Im übrigen haben die beiden Parlamente noch den Staat zu erledigen und große Mengen sozialer und politischer Aufgaben zu bewältigen. An den schlimmen Zuständen der Zeit und der Knebelung des Versammlungsrechts, der Ernährungswirtschaft und sonstigen Volkswirtschaft hat sich nichts geändert, wenigstens nicht zum Guten. Auch außenpolitisch bleiben viele unerträliche Erscheinungen, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß nach keinem Rezept der Aufbau neuer Staaten so reich und glatt vor sich geht, wie die Pläne sich auf dem Papier entwerfen lassen. An Gegenständen heftiger Kritik wird es nicht fehlen, und um die Gestaltung des Arbeitssammlungsgesetzes wird heftig gerungen werden. Die sozialdemokratischen Fraktionen werden — dessen sind wir gewiß — den Nöten und Forderungen der breiten Massen des Volkes stets nachdrücklich Gehör zu verschaffen suchen.

Die Kämpfe im Westen.

Über die schweren Kämpfe, die in den letzten Tagen südwestlich von Soissons tobten, gibt der nachfolgende Wolff-Bericht näheren Aufschluß:

Westlich des Bogen, den die Marne zwischen Jaulonnes und Châtelœuf macht, liegt im Knie der großen Straße nach

Chartevres eine bewaldete Höhe. Auf dieser Höhe versuchte der aus dem Walde von Fore vertriebene Feind den stürmenden deutschen Grenadiere den Weg zur Marne zu verlegen. Die 8. Kompanie der Grenadiere trieb ihn jedoch in scharfem Anlauf in das Dorf Chartevres hinunter. Sofort eingesetzte Maschinengewehre richteten unter dem nach Westen und über die Marne nach Süden ziehenden Feind ein furchtbares Blutbad an. Zum Entschlag der Abgeschnittenen brausten auf der Chaussee Panzerstrafwagen mit 19. französischen Jägern heran. Sie wurden, vom Hagel unserer Maschinengewehrgeschosse getroffen, zur Umkehr oder zum Halten gezwungen, oder zum Teil von den entgegenstürmenden Grenadiere gefangen genommen. Hierauf ergab sich ein Teil des zwischen Hügel und Fluss durch unser Maschinengewehrfeuer eingeklemmten Gegners. Ein anderer Teil raffte sich zum verzweifelten Widerstand auf und versuchte, nach Osten hin durch unsere Grenadiere durchzubrechen. Der Führer des tapferen französischen Verstoßes sprang mit wilder Tapferkeit dem Kompanieführer der Grenadiere an. In Hals. In einem seltsam langen Ringen, Mann gegen Mann, gelang es dem deutschen Führer, den Franzosen mit dem Kolben seiner Pistole zu erschlagen. Entmutigt ergaben sich nun die Franzosen. 700 Mann flatterten als Gefangene der Grenadiere die Straße nach Le Charnois empor.

Im Westen und Südwesten von Soissons wird schon drei Tage harrnäsig gekämpft. Der Franzose mehrt sich tapfer und wirkt Division auf Division dem Angriff entgegen. Eine bekannte ruhmreiche deutsche Reserve-Division stand in schwerem Ringen um die gut ausgebaute alte Stellung bei Vauxbuin. Das bewaldete Höhengelände mit seinen tiefen Höhlen und unterirdischen Gängen mußte eislampst werden. Nicht weniger als sieben französische Divisionen, darunter Elitetruppen, hatte diese tapfere Division in den letzten zwei Tagen zu bestimmen gehabt. In erster Linie war es das berühmte französische Eiserne Korps mit der Marokkanischen Division, die sich tapfer und verdigend, verblutete. Zum Teil empfingen die Afrikane, den Grabenhöhlungen liegend, unjüngste Stürmende Infanterie. Sie waren von Paris aus in Autos herangeschafft worden, wo sie bei ihren letzten schweren Verlusten bei Amiens neu aufgestellt waren. Ihre Verluste, sowie die der 61. französischen Elite-Division, sollen sich nach Gefangenenauslagen auf 70 Prozent beläufen. Immer wieder versuchte der Feind, den Angriff aufzuhalten. Das schöne Vauxbuin mit seinen herrlichen Schlössern ist bereits ein rauchender Trümmerhaufen.

Diese Schilderung der schweren Kämpfe läßt die Bedeutung des gestrigen Abendberichts erst voll würdig; der selbe meldet:

WTB. Berlin, 3. Juni, abends. (Amtlich.)

Südwestlich von Soissons neue Frontlinie. Französische Gegenangriffe beiderseits des Ourcq.

Aber die Aushaltung der Marnebachen, die durch die deutschen Erfolge erfolgte, wird berichtet:

Die waldgekrönten Höhen, die das Nordufer der Marne begleiten und die breite Fluhniederung beherrschen, stehen bereits am Spät Nachmittag des Donnerstags sowohl bei Jaulgonne wie bei Treloup in die Hand der in einem Zuge nachdrängenden vordeutschen deutschen Divisionen. Damit ist die Ausnutzung der für die französischen Truppenverschiebungen entscheidend wichtigen und darum auch im Laufe des Krieges zur erhöhten Leistungsfähigkeit ausgebaute Marnebahn, der südlichen Hochabteilung des Gegners zwischen der Champagne und der Nordfront praktisch ausgeschaltet. Die Bahn liegt auf dem Südufer der Marne, zwei Kilometer vor den Mündungen unserer Geschütze, wie auf einem Präsentiersteller und ist damit, selbst wenn wir darüber verzichten, die Schienealp zu besiegen, praktisch gepeist. Die Tregweite dieses mit beispieloser Schnelligkeit eingebrachten Erfolges kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Der Erfolg, der sich äußerlich in der mit der Erreichung Montdidiers gegebenen Aire-Tal-Verbindung mit Paris-Amiens zeigte, hat im Marne-Tal eine glückliche Abwendung erfahren.

Wie die „Franki. 3t.“ meldet, ist der Punkt, wo die deutschen Truppen am 1. Juni am weitesten vorgedrungen waren, von der französischen Presse als der Ort Montriers, nordwestlich von Chateau-Thierry gelegen, bezeichnet. Er ist in der Linie 68 Kilometer von Paris entfernt.

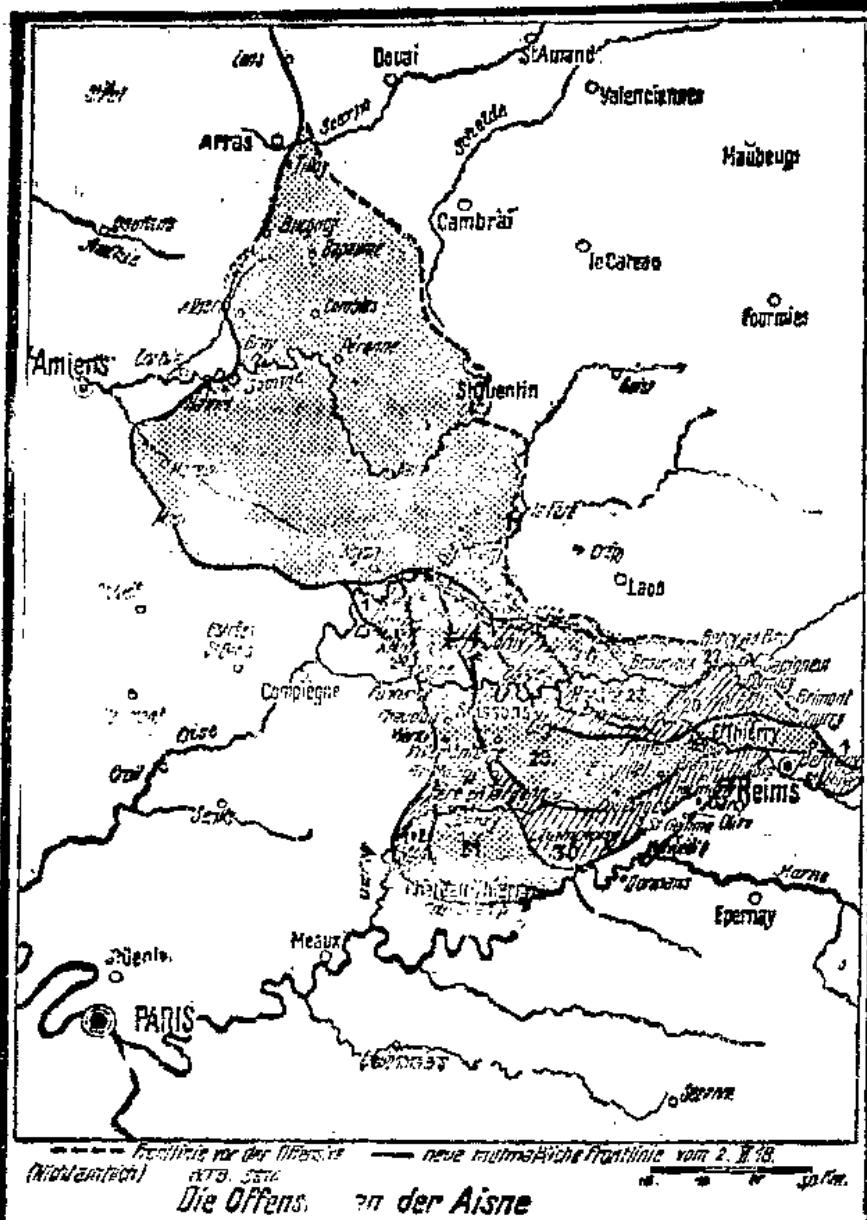
Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 2. Juni, nachmittags. Die Schlacht geht weiter. Während des ganzen Tages hielten unsere Truppen namentlich von der Gegend der Ourcq bis zur Marne, wohin der Feind seine Hauptangriffe richtete, den Stroß der deutschen Truppen mit zäher Tapferkeit aus. Die Deutschen bemühten sich von neuem Javelles, aber alle ihre Angriffe auf Bourg und Troisvilles sind gescheitert. Im Weite von Neuilly-Saint-Jean waren unsere Gegenangriffe den Feind aus Vaux-en-Bâo. Die Höhe 103, unmittelbar westlich von diesem Ort, wurde nach erbitterten Kämpfen von unseren Truppen zurückgewonnen. Weiter südlich an der Front Lure-Sorques (?) wurden zwei feindliche Angriffe hintereinander gebrochen. Auf unserem rechten Flügel haben wir Champlon zurückgenommen. In Richtung Ville-en-Tardenois haben wir Boden gewonnen. Ganz in die Lage überall unverändert.

Französischer Bericht vom 3. Juni, nachmittags. Die französischen Truppen legten eben die Gegenangriffe an der ganzen Front, einschließlich der Strecke zwischen Ourcq und Marne, los, wobei sie an mehreren Stellen der Front Fortschritte machten. Feindliche Angriffe beiderseits der Straße Chateau-Thierry-Paris zerstörten im französischen Gebiet südliches Denain. Überall sonst wurden die französischen Stellungen gehalten. Die Verluste, die der Feind bei diesen Gefechten erlitten, waren schwer. Die Franzosen nahmen etwa 100 Gefangene.

Englischer Bericht vom 3. Juni, nachmittags. Gestern Nacht wurden erfolglose offizielle Unternehmen von unseren Truppen bei Bapaume und Heenie ausgeführt. Unsere Truppe wurde an diesen Stellen leicht zurückgeworfen. Es wurden 193 Gefangene gemacht und eine Menge Maschinengewehre und Granatwerfer der uns erbeutet. Unsere Verluste waren leicht. Es wurden von uns erfolgreiche Streifen ausgeführt, sowohl nördlich von Arras, wie südlich von Lens und westlich von Rethel mit dem Ergebnis, daß wir zusätzliche Gefangene machen und drei Maschinengewehre und Granatwerfer erbeuteten.

Gegen die Schonfärberei der Heeresberichte
Vorbei ist der Tempel! Er verlangt von Clemenceau und dem Kaiser auf die zweite Schonfärberei der zwölften Berichte. Es wäre unbedingt notwendig, daß Frankreich und die Ukraine völlig zur Kenntnis der Tregweite der englischen Frontierzüge gelangen. — Dieses Verlangen ist das Ergebnis des Staates der Lage durchaus berechtigt.



Clemenceau und die Kammer.

Die sozialistische Gruppe der Kammer hat angesichts der critischen Lage beschlossen, sich täglich zu versammeln. Die Heereskommission des Abgeordnetenhauses war gestern zusammen und nahm den Bericht des Präsidenten René Renault entgegen, der sieben von der Front zurückkam. Das offizielle Communiqué über diese wichtige Kommissionssitzung ist von der Jeune au 27 der Hälften unterdrückt worden, doch erfährt man, daß die Kommission den Wunsch ausgedrückt hat, Herr Clemenceau baldmöglichst zu hören. In Paris wird das allgemeine Unbehagen noch durch die Ankunft der Flüchtlinge aus den bedrohten Gebieten erhöht. Sie kommen nicht nur aus Dörfern der eigentlichen Frontlinie, sondern aus den entfernteren Distrikten, wie Meaux und Liege. Ihre Hauptschrecken waren die deutschen Flieger. Sie sind alle ohne Mittel, da sie von den überraschten Behörden zu spät fortgeschickt wurden, und klagen besonders, daß sie so viel schönes Vieh in den Händen der Deutschen lassen müssten.



Die „Daily Mail“ meldet aus Paris: Während eines Gesprächs sagte Clemenceau, daß die Lage ernst bleibe, daß jedoch etwas mehr Klarheit herrsche. Das Ziel des Feindes sei nicht geographischer Natur. Es handle sich weder um Soissons, noch Reims, noch Calais, noch Amiens, sondern um die Vernichtung der strategischen Reserven der Verbündeten. Überdies habe man es noch immer nicht mit der eigentlichen großen Offensive der Deutschen zu tun. Diese würde noch kommen. Die Verbündeten müßten durchhalten, bis sich das ganze Gewicht der großzügigen Vorbereitungen Amerikas bemerkbar mache. Das sei der einzige Weg, um das Land zu retten.

Die Portugiesen wollen nicht mehr?

Die Londoner Schriftleiter erhielten Nachrichten aus Lissabon, nach welchen Portugal keine Rekrutierung mehr für die Regierung in Frankreich vornehmen wird. — Verdient könnte man es ihnen nicht; denn sie haben auch die Nase voll.

Was der Krieg bringt.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Bei Foggia an der unteren Po vereinigten wir einen italienischen Übergangsvertrag durch Seefahrt- und Minenminister. In vielen Stellen der Südmeerküste wurden schwimmende Entfernungsbahnen zurückerwiesen. Eine der selben wurde bei Vezzano abgesunken. Die Artilleriefähigkeit war überall sehr lebhaft.

Der Grund der Kriegserklärung.

„Socialdemokrat“ (Kopenhagen) schreibt am 20. Mai: Die Welt weiß jetzt, daß das Friedensangebot Kaiser Karls abgelehnt wurde, weil Frankreich sich nicht einmal mit seinen Grenzen von 1713 begnügen wollte, sondern die Grenzen von 1793 verlangte. Die furchterliche Verantwortung des Vertrages für die Ereignisse des letzten Jahres trifft Karl hervor, daß er niemand den Wirkung erzielen kann. Jetzt besteht kein größeres Hindernis für eine Bekämpfung als im vorjährigen Jahre. Der Vertrag hätte damals, wenn er wirklich wollte, den verächtlichen Militarismus zu Ende gegen können. In den Städten der Verhandlungen zwischen dem holländisch-italienischen Komitee und den russischen Delegierten verneinten die britisches Abgeordneten die Russen häufig zu vernehmen, die Sozialdemokratie des Vertrages zu einer Politik zu verpflichten, die nicht ins Blaue hinein behaupten. Deutschland sollte jenseits die Deutsche auf die Krone stellen. Aber Deutschland kann nicht zu einem Verständigungskrieg bereit ge-

wesen, dann wäre die Politik auf eine ganz neue Grundlage gestellt worden. Über dieser Beweis wurde nicht geführt. Er konnte nicht geführt werden, weil diejenigen, die ihn führen sollten, selbst unaufrechtig waren. Der Verband hat seine Eroberungsforderungen vor der Welt verborgen.

Natürlich kann man den jetzigen deutsch-russischen Frieden nicht als einen Beweis dafür ansehen, was Deutschland im vorigen Jahre verlangt haben würde. Aber gerade, wenn wir den Breit-Litowsker Frieden mit dem vergleichen, was Kaiser Karl im März 1917 anbot, sehen wir, welche große Schuß auf dem Verband ruht. Der Frieden von Breit-Litowsk ist die Frucht von Frankreichs Förderung des kleinen Rheinlandes.“

Die russischen Sozialrevolutionäre gegen die bolschewistische Regierung.

Dem Regierungsblatte Clemenceaus „L'Homme libre“ vom 16. Mai zufolge richtete das Zentralkomitee der Partei der russischen Sozialrevolutionären nachstehendes Manifest an den nationalen Ausschuß der französischen Sozialistischen Partei und an die Gruppe der französischen Sozialisten-Parlementarier:

Die bolschewistische Regierung, die ihre Existenz unsern deutschen Besiegern verdankt, nimmt unter dem Druck des deutschen Botschafters eine provozierende Haltung den alliierten Mächten und namentlich Frankreich gegenüber durch allerhand beleidigende Ultimatums ein, die besonders sich von der Unterwürfigkeit mit der sie die Befehle des deutschen Imperialismus ausführen, abheben. Die Partei der russischen Sozialrevolutionäre richtet an die französische Sektion der Arbeiter-Internationale ihren sozialistischen Gruss und erhebt Einspruch gegen den Geist der auswärtigen Politik der gegenwärtigen Machthaber Rußlands. Die Partei der Sozialrevolutionäre erklärt zu gleicher Zeit, daß die neu gebildete „kommunistische“ Gruppe, bestehend aus ehemaligen Bolschewiki, aus der Internationale ausgeschlossen werden müsse, weil sie die elementaren Grundsätze der Demokratie verletzt, die Formen des Despotismus und der Gewalt wiederhergestellt, die Sache des internationalen Sozialismus durch den finanziellen Separatismus mit den gekrönten Gewalttherrschern Mitteleuropas verraten hat, indem sie Rußland entwaffnet, gedemütigt und somit die deutsche Offensive gegen den Westen gefördert hat. Die Partei der Sozialrevolutionäre drückt die Hoffnung aus, daß sowohl die nationalen Sektionen der Arbeiter-Internationale ihre Beziehungen zu den bolschewistischen Usurpatoren nach dieser Deklaration unserer Partei regeln werden, die das Recht besitzt, im Namen des gesamten arbeitenden Rußlands zu sprechen, da sie eine absolute Mehrheit in der konstituierenden Versammlung besaß, deren Macht ungeachtet der blutigen Repressalien, die von den Usurpatoren der Gewalt ausgeübt werden, wieder zur Geltung kommen wird. Wir bitten unsere französischen Genossen, diese Deklaration an die sozialistischen Parteien der Alliierten gelangen zu lassen.“

Mit dem „beleidigenden Ultimatum“ Frankreich gegenüber, von dem in diesem Manifest die Rede ist, sind die verschiedenen Forderungen der russischen Regierung an die französische gemeint, den französischen Gesandten in Moskau, Nougens, abzuberufen, weil er die deutsch-russischen Beziehungen zu stören suchte.

Die Solidarität der Entente.

Die Vertreter der Entente haben gegen die von der Sowjetregierung geforderte Abberufung des französischen Botschafters Monlens aus Rußland Protest erhoben. Der amerikanische Botschafter Francis hat sich von Wologda nach Moskau begeben, um den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschischtscherin, eine gemeinsame Erklärung des diplomatischen Corps der Entente zu überreichen.

Gestige Zusammenstöße zwischen Sowjet- und tschechisch-slowakischen Truppen.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die Erhebung der tschechisch-slowakischen Truppen, die in Richtung auf Wladivostok ziehen, um von dort nach der französischen Front übergeführt zu werden, führte zu heftigen Zusammenstößen mit den Sowjettruppen in Venia. Die Tschechen und Slowaken leisteten den Entwaffnungsversuchen seitens der roten Armee erbitterten Widerstand.

Der Volksbeauftragte für den Krieg, Trotki, schickte an alle Eisenbahnagenturenverbände des Ostens einen telegraphischen Kundruf worin er die Beförderung der erwähnten Truppen auf den sibirischen Eisenbahnen verbietet. Alle Tschechen und Slowaken, die bewaffnet in die Gewalt der roten Armee fallen, sollen nach einem neuen Befehl Trotkis auf der Stelle erschossen werden; um die Meutererei zu stoppen, und sie am Vorrücke nach Osten zu hindern, haben mehrere Eisenbahnlinien den gesamten Verkehr eingestellt, so die Linien Ven-a-Kujasewka-Ula, Tscheljabinsk-Omsk. Die Meuterer leisten kräftigen Widerstand und haben in mehreren Kämpfen die Oberhand über die Regierungstruppen gewonnen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 3. Juni. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote unter Führung des Kapitänleutnants Werner hat im westlichen Teil des Kermel-Kanals und an der Küste Westenglands 5 Dampfer mit 29 000 Brutto-Registertonnen versenkt. Von den versunkenen Schiffen wurden namentlich festgestellt der bewaffnete Transporter „Denbigh Hall“ (4943 Brutto-Registertonnen), der aus stark gesichertem Geleitzug herausgeschossen wurde, und das französische bewaffnete Motor-Tankschiff „Matisse“ (4047 Brutto-Registertonnen), dessen Kapitän gesangen eingeholt wurde.

Bei der Versenkung eines mindestens 7500 Brutto-Registertonnen großen bewaffneten, tief beladenen Frachtdampfers aus stark gesichertem Geleitzug wurde infolge der entstandenen Verwirrung ein weiterer 6000 Brutto-Registertonnen großer Dampfer durch Zusammenstoß mit einem anderen Dampfer zum Sinken gebracht.

Der Chef des Admiraltäbes der Marine.

London, 3. Juni. (Reuter) Aus Belfast wird telegraphiert, daß ein deutsches U-Boot Donnerstag abend an der Küste der Grafschaft Down eine Flotte von kleinen Fischerbooten angegriffen. Den Besatzungen wurde Befehl gegeben, in die Boote zu geben. Darauf gingen ein Hagel von Geschosse auf die Fischerboote nieder. Von der aus 30 bis 40 Schiffen bestehenden Flotte wurden 12 versenkt. Der Rest verdeckte seine Kettung dem Umstände, daß das U-Boot bei der Arbeit gestört wurde und rasch tauchte.

Kleine Nachrichten.

Die Regierung des Helms Skorodabski in der Ukraine ist von Deutschland und Österreich-Ungarn anerkannt worden.

Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien über Kriegsgefangenenfragen führten zu einem befriedigenden Ergebnis.

Durch das amerikanisch-schwedische Schiffsschiff kommen haben die Vereinigten Staaten das Bergungsschiff über 400 000 Tonnen schwedischen Schiffsrumpf erhalten.

sonders betont und der Sinn des Ganzen sowie die Bedeutung der einzelnen Personen in diesem Zusammenhang erklärt. Der Führer ist das Leben, in welches der Mensch als Gast einfiehrt. Ihm bedient das Laster und die Verführung in Gestalt des verkommenen Krügers und dessen lästerner Frau, die alle Männer springen lässt, um ihn an sich zu locken und ihn zu verderben. In der wahren, verächtlichen Deern, die den Gast vor den Türen der anderen Leute des Führergruges bewahrt, soll der Beobachter das Gewissen und bessere Seltze der Menschen erkennen, während der bögere finstere Knabe, der dem Gast nach dem Leben trachtet, den Tod darstellt. Mitglieder der hamburgischen Gesellschaft für dramatische Kunst verhafsten gestern dem ersten, in manchen Szenen passenden "Spiel" zu einer Wiedergabe, die bei dem Zeit des Publikums, der die Dichtung innerlich miterlebte, tiefe Wirkungen hinterließ. Dr. Ohneburg als Krüger und Prof. Marx Möller als Knabe boten hervorragende, bis ins lezte durchdachte und mit lebensvollen Zügen ausgestattete Leistungen. Doch auch die Damen Büchmann (Deern) und Hardt (Krügerisch)

sowie Herr Hermann (Gast) verdienten für ihre eindringlichen Darbietungen volle Anerkennung. Die einzelnen Aufzüge werden durch Musik, die Horst Blaten gezeigt hat, stimmungsvoll eingeleitet. Manche der Aufführung hielten sie für die beste Gelegenheit zu langer Unterhaltung. Der Überschuss der Veranstaltung, die gut bezahlt war, wenn auch noch manche Plätze leer standen, soll den Kriegsverletzten zugute kommen. Ein edler Zweck, dem hier mit einer guten Tat gehilft werden sollte. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber seinerlei Verantwortung.)

Gilt die Brennstoffskarte nur für die minderbemittelte Bevölkerung?

In letzter Zeit konnte man häufig beobachten, wie ganze Lastwagen voll Brennmaterialien vor den Villen (wohlgemerkt keine in Kreisen mit allen Dingen gut verorgt, dann redet man vom Durchhalten". Das ist gerade so, als wenn der Fuchs den Enten predigt.

Gewerbetriebel von "Herrschäften" entladen wurden. Im Zeichen der Brennstoffskarte ist es daher wohl berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob die bezeichneten Bevölkerungskreise auch für diese Hinricht eine Ausnahme machen? Wie wäre es sonst möglich, doch auf einmal ganze Lastwagen Brennstoff geliefert werden. Schreiber dieser Zeilen ist es wiederholzt passiert, dass er mit seiner Brennstoffskarte von Herodes nach Palästina laufen müsste, um nur einige Zentner Brennmaterial zu erlangen; die er sich auch noch selber abholen müsste. Hat man sich in diesen Kreisen mit allen Dingen gut verorgt, dann redet man vom Durchhalten". Das ist gerade so, als wenn der Fuchs den Enten predigt.

Ein Arbeiter.

Vom 1.—7. Juni Opferwoche für die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte.

Bekanntmachung betrifft Fleischverkauf.

Zu der Woche vom 3. bis 9. Juni 1918 werden 200 gr Rindfleisch oder 400 gr Frischwurst oder 200 gr angeräucherte oder 160 gr Lauerwurst, auf die Kinderkarte die Hälfte, ausgegeben.
Lübeck, den 2. Juni 1918. (2616)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 28 der Bezugskarte für Eier des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte kann in der Zeit vom 5. bis 15. Juni ein Ei zum Preise von 35 Pf. verabfolgt und entnommen werden.

Lübeck, den 4. Juni 1918. (2617)

Das Polizeiamt.

Verlauf von holländischen Rotgänzen.

Bis auf weiteres werden vom Markthallenauflöser vertraglich während der Zeit von 8½ Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags gegen Vorlesung eines amtlichen Ausweises Bestellungen auf holländische Rotgänze entgegengenommen.

Der Preis beträgt Mk. 7.80 für das Stück.

Eine Auseinandersetzung auf die Fleischkarte findet nicht statt.
Die Ausgabe der bestellten Rotgänze erfolgt nur Mittwochs und Sonnabends in der Markthalle während der Zeit von 8½ Uhr morgens bis 1 Uhr mittags gegen Vorauszahlung.

2621

Der Ernährungsausschuss.

Wohnungszählung.

Grundstückseigentümer oder deren Stellvertreter, die eine Hausliste für die Wohnungszählung nicht erhalten haben oder bei denen sie nicht wieder abgeholt worden ist, wollen hiervon sofort dem Statistischen Amt, Fleischhauerstr. 18, II, Mitteilung machen. 2619

Schulgeldzahlung.

Das gemäß der im Besitz der Bildungspflichtigen befindlichen Schulgeldzettel zu entrichtende Schulgeld für die Schüler der Gewerbeschule ist in der Zeit vom 4. bis zum 18. Juni d. J. bei dem Steueramt (Rimmerstr. 1, rechts) an den Werktagen von 8 bis 1 Uhr einzuzahlen. Zahlungen durch die Post sind ebenso und befreiend frei zu bewirken. Banküberweisungen erfolgen an die Oberaufsichtsbehörde.

Die in der vorliegenden Frist nicht gezahlten Beträge sind mit einem Zuschlag von zwei Prozent für jede angegangene Wart, der jedoch auf die nächste höhere, durch fünf milde Zahl abzurunden ist, innerhalb zweier Wochen nach Ablauf der Frist bei der Kasse des Steueramtes zu begleichen. Bei getunteten Beträgen wird dieser Zuschlag nicht erhoben.

Die summe noch übrigstehenden Beträge nebst dem Zuschlag werden durch Zwangsabtretung im Verordnungsweg beigebracht. 2620

Lübeck, den 2. Juni 1918.

Die Oberaufsichtsbehörde.

Am 27. Mai entschlief unerwartet in Köln a. Rh. unser lieber Sohn, Bruder und Neffe

Hans

im 20. Lebensjahr.

Familie B. Lotzow.

Th. Bartels und Frau, Köln a. Rh.

Einäscherung in Lübeck am Freitag, dem 7. Juni, nachmittags 4 Uhr. 2618

Komitee- und Kommissionssitzungen

D. T. V.
Vorstandssitzung
am Donnerstag, 6. Juni
abends 8 Uhr
im Bureau.
2611) Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, dass unter Kollege

Ludwig Timm

Hafenarbeiter,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 8. Juni, nachmittag 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand. 2626

Verband der Schneider, Schneiderinn. u. Wäsche-arbeiter Deutschlands.
Sitzung Lübeck.

Dorothea Schmidt

geb. Müller

im 52. Lebensjahr, ansieht betroffen und schmerzlich vermisst von den Freiern. 2614

Frau Elise Schmidt Ww.

geb. Fischer,

Heinrich Schmidt u. Frau

geb. Wienberg.

Heinrich Schmidt u. Frau

geb. Viereck, Riel.

Willy Groß und Frau

geb. Schmidt.

Max Schmidt, zwz. in Ge-

fangenschaft

und Gefangen.

Eltern, den 4. Juni 1918.

Waffenmauer 42.

Die Trauerfeier findet am

Donnerstag, dem 6. Juni,

nachmittags 8½ Uhr, in der

Rathaus Burgstr. statt.

Tücht. Näherin

für Damenschneiderei sofort ges.

Nanny Lohse,

Fleischhauerstr. 30. 2628

2628 Der Vorstand.

Konsumentverein für Lübeck und Umgeg.

e. G. m. b. H.

Jetzt ist die beste Zeit

für den Einkauf von

Einfachgläsern und Einfachapparaten

Wie kommen einen großen Vorrat hier von einkaufen und halten sowohl Gläser wie Apparate in allen unseren Abgabestellen vorrätig.

Zach Erfrischungs- und Bügel sind vorhanden.

Der Vorstand. 2609

Gebelebetriebel von "Herrschäften" entladen wurden. Im Zeichen der Brennstoffskarte ist es daher wohl berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob die bezeichneten Bevölkerungskreise auch für diese Hinricht eine Ausnahme machen? Wie wäre es sonst möglich, doch auf einmal ganze Lastwagen Brennstoff geliefert werden. Schreiber dieser Zeilen ist es wiederholzt passiert, dass er mit seiner Brennstoffskarte von Herodes nach Palästina laufen müsste, um nur einige Zentner Brennmaterial zu erlangen; die er sich auch noch selber abholen müsste. Hat man sich in diesen Kreisen mit allen Dingen gut verorgt, dann redet man vom Durchhalten". Das ist gerade so, als wenn der Fuchs den Enten predigt.

Gewerbetriebel von "Herrschäften" entladen wurden. Im Zeichen der Brennstoffskarte ist es daher wohl berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob die bezeichneten Bevölkerungskreise auch für diese Hinricht eine Ausnahme machen? Wie wäre es sonst möglich, doch auf einmal ganze Lastwagen Brennstoff geliefert werden. Schreiber dieser Zeilen ist es wiederholzt passiert, dass er mit seiner Brennstoffskarte von Herodes nach Palästina laufen müsste, um nur einige Zentner Brennmaterial zu erlangen; die er sich auch noch selber abholen müsste. Hat man sich in diesen Kreisen mit allen Dingen gut verorgt, dann redet man vom Durchhalten". Das ist gerade so, als wenn der Fuchs den Enten predigt.

Ein Arbeiter.

Rudolph Karstadt Lübeck.

Im Erfrischungsraum

täglich von 3—6 Uhr

2622

Künstler-Konzert

ausgeführt von Solisten der Kapelle des Ers.-Bat. 162.

Ich empfehle Erfrischungen jeder Art, unter anderem

Kaffee

Tasse 25 Pf.

Schokolade

Tasse 1,20 Mk.

Tee

Glas 50 Pf.

Eis-Kaffee

90 Pf.

Eis-Schokolade

1,50 Mk.

Eis-Punsch

sehr erfrischend

Glas 90 Pf.

Vanille-Eis

1 Mk.

Gemischtes Eis

75 Pf.

Diverse Liköre, Weine, Limonade, helles und dunkles Bier, sowie Torten und Gebäck versch. Art.

Gute halbfeste Fahrrad
ev. ohne Bereifung zu kaufen
geföhrt. Genau Ang. m. Preis
unt. F G an die Exp. 2612

2627 Reiserstraße 30.

Ein Klappportwagen und
Kaninchens zu verkaufen.

2628 Weinhofstr. 56, 2. Et.

Lübecker Gen.-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Ordentliche

General-Versammlung

am Dienstag, dem 4. Juni 1918

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

• Tagessordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder

und Reisieren der Beiträge.

2. Abrechnung vom 1. Quartal.

3. Ludendorff-Spende.

4. Agitation und Ausflug.

Der Vorstand.

Der neue Kriegs-Atlas

bedeutend erweitert, jetzt

60 Karten von allen Kriegs-schauplätzen sowie von den neu gebildeten Staaten im Osten ist wieder vor-rätig.

Preis Mk. 1,50.

Buchhdt. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Photo-Skizzen

Spezialität des photogr. Ateliers

„Lubeca“

Lübeck-Travemünde.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanislaus Fuchs.

2618 Dienstag, den 4. Juni 1918:

Anfang 7½ Uhr.

Neuheit! Neuheit!

Die treue Magd.

Komödie von Bruno Frank.

Mittwoch, den 5. Juni 1918:

Anfang 8 Uhr.

Bericht über unser Ernährungssystem.

In einem Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ wendet sich der frühere Präsident des Kriegsernährungsamtes von Batodi sehr entschieden gegen die Bestrebungen, die darauf hinzielten, unsere bisherige Ernährungswirtschaft dadurch „aufzulockern“, daß die Beschaffung und Rationierung der Nahrungsmittel zugunsten von Erzeugern und Händlern eingeschränkt wird. Herr von Batodi schreibt u. a.:

Die erste Aufgabe der öffentlichen Ernährungswirtschaft ist es, durch möglichst vollkommene Erfassung, Verhinderung des vermögenswerten Verbrauchs für Verfütterungs Zwecke in der Wirtschaft der Erzeuger und richtige Einteilung des Brotgetreides, des Futtergetreides und der Kartoffeln für die kritischen letzten Monate zu verhüten, daß aus dem Krachen und Wanken der Zusammenbruch entsteht. Das ist bisher, wenn auch jedesmal nur mit knapper Not gelungen und wird uns auch weiter gelingen mit Hilfe Getreides und unseres guten Schwerthes, das uns stets zur rechten Zeit, einmal auf dem Balkan, dann in Rumänien und diesmal durch den Ostrieden neu, wenn auch vorläufig nur spärlich fließende Versorgungsmöglichkeiten erschlossen hat. Dieses Ziel wird und kann aber, so lange nicht eine besonders gute Ernte und eine wesentlich gesteigerte Zufuhr uns die Sorge für Brotgetreide, Kartoffeln und Hafer sehr erleichtert, weder durch den freien Handel, noch durch die Befreiung der landwirtschaftlichen Erzeugung von ihren Fesseln, noch durch sonstige neue Mittel erreicht werden, sondern nur durch den schwierigen, überall hemmenden und drückenden, verwinkelten und darum nur bei äußerst vorsichtiger Behandlung festhaltenden Notbrückenbau der öffentlichen Zwangswirtschaft. Dieser Bau kann aber nur bestand haben, wenn unter den Haushalten auch alle sonstigen Stützen und Streben sorgfältig gesetzt und erhalten werden.

Ich darf das an einem besonders bezeichnenden Beispiel kurz erläutern. Die öffentliche Bewirtschaftung der Eier gehört zu den Maßregeln, die ich besonders ungern und mit besonderen Bedenken eingeführt habe, weil sie Erzeuger wie ausführende Behörden ganz besonders belästigt und besonders viel Vergnügen hervorruft. Diese Bedenken wären nicht beseitigt worden durch den Erfolg der Maßregel, daß Millionen von Kriegerfrauen und Familien des Mittelstandes und Arbeiterstandes in den Städten dadurch, wenn sie einigermaßen kinderreich sind, jährlich zwei bis drei Schafe Eier zu einigermaßen erträglichen Preisen als Zufluss zu ihrer täglichen Kost erhalten, woron sie ohne die Zwangswirtschaft wenig bekommen würden. Maßgebend für die Einführung und wohl auch für den durch meinen Amtsnachfolger bewirkten weiteren Ausbau der Eiernutzung war ein ganz anderer Gesichtspunkt: die Futterfrage. Würde man durch Freilassung der Futterverhältnisse von der Zwangswirtschaft und womöglich auch von der Hochpreisordnung den Anreiz zur Vermehrung und stärkeren Fütterung des Geflügels geben, so würden dadurch auch nach vorsichtigster Berechnung eine ganze Reihe von Millionen Zentnern Brotgetreide, Hafer oder Hafer mehr versorgt, also weniger abgeliefert werden als jetzt. Diese Millionen von Zentnern sind aber gerade die Menge, die uns ermöglicht, die Brotversorgung von Heer und Bevölkerung und die Versorgung der Heerespferde mit Körnerfutter aufrecht zu erhalten. Würden sie im Hühnermagen verschwunden sein, so könnte allein daraus der Zusammenbruch folgen. Das ist keine Theorie sondern klare, aus bitteren Erfahrungen gewonnene Praxis. Dass das von anderen Zweigen der öffentlichen Bewirtschaftung in noch viel höherem Maße gilt, ist selbstverständlich.

Das schwierigste Problem der ganzen Kriegswirtschaft ist überhaupt die Futterfrage, die Fütterung der landwirtschaftlichen Zugtiere. Sie hat gerade im letzten Winter hundertausende gewissenhafter Landwirte, großer wie

kleiner, sicherlich schlaflose Nächte bereitet, wo es galt, sich mit der gezeitlichen Beschränkung des Pferdefutters auf 2½ Pfund täglich irgendwie abzufinden, die vielleicht für den extensivsten Kleinbetrieb auf leichtem Boden allenfalls erträglich war, die aber für viele sonstige Betriebe die Unmöglichkeit auch nur einigermaßen ordnungsmäßiger Feldbestellung bedingte.

Die Fütterung aller sonstigen Nutztiere muß bei dieser Notlage völlig zurücktreten und deshalb wirkt jeder Anreiz, durch freie Wirtschaft oder freie Preisbemessung diese Fütterung zu steigern, so als wenn man eine Strebe aus einem künstlichen und schwankenden Bau herausreißt.

An die Einsicht der Landwirte werden auch in dieser Hinsicht rechtlich hohe Ansprüche gestellt. Jahrzehntelang, noch bis weit in die Kriegsjahre hinein, ist im Parlament und Presse den Landwirten die Erzeugung möglichst vieler tierischer Produkte als ihre heiligste Pflicht dargestellt. Großbetrieben, die ihre Viehhaltung einschränken, um möglichst viel Bodenerzeugnisse direkt verkaufen zu können, wurde daraus ein Vorwurf gemacht, viehlose Wirtschaft wurde fast als Verbrechen behandelt und vom Landwirtschaftsminister wurden insbesondere seitens der Linken fast jährlich Zwangsmassnahmen gegen Domänenpächter gefordert, die es wagten,viehlos oder sehr vieharm zu wirtschaften. Jetzt auf einmal einer Million Landwirten, zum größten Teil an Stelle der im Felde stehenden Männer wirtschaftenden Frauen das Gegenenteil beizubringen, läßt sich weder durch Ermahnungen noch durch Strafandrohungen erreichen. Es muß aber erreicht werden und schon allein deshalb ist, ganz abgesehen von der Versorgung der Verbraucher mit den weniger wichtigen Nahrungsmitteln, das System der allgemeinen Zwangsbewirtschaftung einstweilen unvermeidlich.

Erst dann, wenn, wie es ja auch die Anregung des Herrn Dr. Roedike vorsieht, die Versorgung der Heerespferde mit Hafer, der Soldaten und der städtischen Bevölkerung, meinthalben nur „der minderbemittelten“, die freilich bekanntlich 90 bis 95 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, mit Brot und Kartoffeln durch eigene Ernte und Zufuhr völlig gesichert ist, kann und muß mit dem Abbau des „Systems“ begonnen werden. Vorher wäre dieser Schritt eine Gefährdung einer Existenzzustand und ein Frevel am Schicksal des deutschen Volkes. Ernstige Sorge um die Zukunft hat mich veranlaßt, näher auf den Zusammenhang der Dinge einzugehen, als es durch die äußere Veranlassung geboten war. Die Bedeutung der Frage wird das rechtfertigen.

In schärfster Weise sprach sich auch der Oberbürgermeister von Karlsruhe in einer Versammlung des Bürgerausschusses gegen den Antrag Rössle auf Abänderung des Ernährungssystems aus. Von fortschrittlicher Seite war eine turpe Anfrage an den Stadtrat gerichtet worden, ob dieser schon zu dem Antrag Rössle Stellung genommen habe. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Stadtrat noch keine Stellung genommen habe, er sei aber überzeugt, daß der Stadtrat die allergrößten Bedenken gegen diesen Antrag äußern werde. Würde die Wiederinigung unseres Ernährungssystems nach der Absicht dieses Antrags durchgeführt werden, so sei unsere gesamte Brotversorgung in Frage gestellt, eine gewaltige Preissteigerung würde einsetzen. Eine derartige Politik würde die Städte an den Rand des Bankrotts bringen. Zweck des Antrags sei zweifellos, Versicherung zu schaffen, um einen großen Fischzug auf die Taschen der Bevölkerung und der Städte zugunsten des Exekutivbeamten zu veranlassen. Auch der Stadtrat werde sicher gegen diese Bestrebungen Stellung nehmen.

Militärischer Arbeitsdienst für heeresunfähige.

Der Bundesrat hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zugehen lassen, nach dem „während der Dauer einer angeordneten Kriegsbereitschaft Wehrpflichtige, die infolge eines

strafgerichtlichen Urteils zum Dienst im Heere und in der Marine untauglich sind, zum militärischen Arbeitsdienst in besonderen Verbänden herangezogen werden können. Aus sie sinden die für die Personen der zweiten Klasse des Soldatenstandes geltenden gleichen Bestimmungen Anwendung.“

Offiziös wird zur Begründung des Gesetzes gesagt:

„Damit wird nunmehr einer allgemein als gerecht und billig erkannten Forderung stattgegeben. Wiederholte hatte an der Front und in der Heimat Missstimmung erregt, daß die im wehrfähigen Alter stehenden Heeresunfähigen, das heißt diejenigen, die infolge ihrer strafgerichtlichen Verurteilung dauernd und dagegen zeitweilig vom Heeresdienst ausgeschlossen sind, in keiner Weise zur Verteidigung des Vaterlandes herangezogen werden können, sondern ihrem Erwerb unbehindert nachgehen, frei von allen den ehrenhaften Wehrpflichtigen obliegenden Pflichten. Diese Missstimmung ist um so mehr berechtigt, als eine große Reihe dieser wehrpflichtigen, aber heeresunfähigen Personen die jegliche Zeit dazu benutzt, sich herumzutreiben und ihren Unterhalt durch unbrauchbare Handlungen zu suchen. In der Zwischenzeit des Verbrennethetums, die durch den Krieg hervorgerufen ist, haben gerade auch diese Kreise einen erheblichen Anteil. Ihre Fernhaltung von dem verbrechlichen Treiben kommt der allgemeinen Sicherheit zugute.“

Um Härten und Ungerechtigkeiten in einzelnen Fällen zu vermeiden, hat bereits zu Anfang des Krieges der Minister des Innern und der Kriegsminister den Heerespflichtigen, die sich seither gut gemacht hatten und nichts zuschulden kommen ließen, den freimüttigen Eintritt in das Heer gestattet. Auch durch das neue Gesetz, dessen Ausführungsbestimmungen vom Kaiser erlassen werden, soll dorthin Vorsorge getroffen werden, daß der Zwang des Gesetzes gegenüber solchen Personen nicht ausgeübt wird, die trotz eifriger Vorarbeit gegenwärtig ein geregeltes Leben führen und nutzbringende Arbeit verrichten, also zu ihrem Teile schon jetzt dem Staate durch ihre Arbeit dienen.

Die von dem Gesetz Betroffenen werden in die zweite Klasse des Soldatenstandes eingereiht werden, da man sie in ihren ehrenhaften Wehrpflichtigen weder gleichstellen, noch diejenigen bestimmt ferner, die zu besonderen Verbänden einzutragen sind, um anzuzeigen dann den für die zweite Klasse des Soldatenstandes geltenden gleichen Bestimmungen. Sie unterscheiden, ohne Angehörige des Heeres und der Marine zu sein, nicht nur den militärischen Stand und Disziplinargelegenheiten in vollem Umfang, insbesondere auch insoweit, als diese ein militärisches Vorgesetztes- und Untergabenverhältnis oder eine militärische Dienstpflicht vorausgehen, sondern sie haben auch die besondere rechtliche Stellung der Person der zweiten Klasse des Soldatenstandes in allen übrigen Beziehungen, wie zum Beispiel in der Mannschafts- und Hinterleibensversorgung, der Familiunterstützung und dergleichen.

Man wird die Einzelheiten des Gesetzeswurzes abwarten müssen, um zu einem richtigen Urteil darüber zu kommen.“

Unangenehme Wahrheiten.

Bernard Shaw, der vor dem Kriege und während seiner Dauer den Engländer so viel unangenehme Wahrheiten gesagt hat, hält in einem Artikel des „Manchester Guardian“ vom 15. April über die irische Dienstpflicht der Regierung vor, daß sie ganz vergeßen zu haben scheint, daß Irland einen ungemein großen Teil der englischen Lebensmittel liefert, und daß sie in einer wilden Panikstimmung unverantwortliche Dummköpfe machen. Die Ausführungen Shaws sind für die Beurteilung der gegenwärtigen Stimmung in England ganz außerordentlich interessant. Er schreibt u. a.:

Herrn, wo ein Rückschlag an der Westfront die englische Regierung vor Augen hat, Kopf verlieren läßt, möchte sie die irischen Recruten mit Gewalt in englische Regimentsreihen. Was Wunder, wenn da selbst das kalte irische Blut ausschlägt! Ruhiger geworden, werden die Jungen das Kriegsabkommen fragen, warum es vor Kurz ist erbarmlich ist, ob man wirklich diese Wehrpflichtvorlage in einer Form einführen müsse, die auf ganz Europa wie ein jämerlicher Helfer wirkt, und ob nicht auch schon die Deutschen im vorigen Jahre bei unserer Offensive Schlappe erlitten haben, ohne gleich in den Ruf: „Alles ist verloren!“ auszubrechen, der jetzt die allgemeine Niedergeschlagenheit bringt, bei uns hervorgerufen hat. Hätte Sir Roger Casement auf der Anklagebank oder am Fuße des Galgens erbarmlich gewinnt, wie dies Bonar Law vor einigen

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

40. Fortsetzung.

Wenn er manchmal einen Tag in seiner mühseligen Arbeit aussehen wollte, kam wiederum das Frösteln über ihn, als wollte sich alles Zurückgedrückt auf einmal geltend machen: er mußte sich neue wider Willen an die unheimbare und doch so mühselige Arbeit, als hätte ein Zauber ihn darin festgebannt. Es half nichts.

Da kam ein neues Ereignis, das ihn von dieser Arbeit und seiner häuslichen Gefangenhaft befreite, ohne daß Martha zu einer Einsprache berechtigt war.

Das Schwurgericht, das man in stürmischen Zeiten vertheilte, wurde jetzt nach Herstellung der nötigen Bauten in der Tat einsetzt. Der veränderten Zeitrechnung aufzufolge wurden aber die Geschworenen nicht nach allgemeinem Wahlrecht frei gewählt, sondern die Amtsversammlung, bestehend aus den meist geistigen Schultheißen und einem Teil der Obmannschaft des Gemeindeausschusses, wählte einen sogenannten Steuerausschuss, und dieser ernannte die Geschworenen aus der Zahl der höchstdienstwerten und Nichtdemokraten. Eines Tages kam der Böttcher Waldhornwirt hastig mit der Landeszeitung in der Hand und sagte zu Diethelm: „Da kommt Ihr in der Zeitung, Böttcher.“

„Ich? Wie?“ erwiderte Diethelm, sich versäumend, und nahm mit Zittern das Blatt in die Hand. Er las die Liste der Geschworenen, und als dritter stand sein Name. Lange starnte er darauf hin und rieb sich mehrmals die Stirn, er wollte den Saat vergessen, den er gehabt hatte, und jetzt war es ihm doch eine Freude, sich gedruckt zu lesen; er äugerte dies aber nicht, sondern sagte nur, daß er um Dispensation bitten werde, da er in seinem Zweien noch zu tun habe, und daß er auch seine Frau nicht verlassen dürfe.

Martha entgegnete rasch: „Meinetwegen kannst du's schon annehmen, im Gegenteil, mir ist's lieb, wenn du ein paar Wochen fortgehst, lieber, als wenn du so all' Ritt verschwindest, wie in den Soden gekunst.“

Der Böttcher sagte, daß Diethelm gar nicht ablehnen dürfe; man wisse nicht, was die Menschen denken könnten, wenn er sich davon loslasse; das ginge ihm zwar nichts an, aber er durfe es auch ohnedies nicht, er habe das Schwurgericht zu allen Zeiten geprägt, und jetzt müsse er auch dabei sein.

Diethelm schämte innerlich vor Mut. So hatte seine Freiheit, hatten all die hohen Ehren, die er genossen, nichts geblieben; die Menschen, die ihm unterwürfig waren, hegten noch immer Verdacht gegen ihn, der allzeit bereit war, loszubrechen. Der letzte Argwohn in den Gemütern glich der Flamme in einem gebrannten Hause, die immer wieder aufschlägt, sobald man

einen Balken weghebt. Diethelm versuchte die ganze Welt und dankte mit dem Bettler, als dieser entschuldigend sagte: er habe noch nichts gehabt, von niemand, er habe nur so gemeint.

„Was hast du vorzudenken, was andere Leute denken können? Oder bist du schlecht genug und blauest den Leuten selber ein, daß sie mich vernehmen?“

„Ihr wisst ja wie ich zu Euch bin,“ sagte der Bettler mit seltsam bedeutungsvollem Blick. Diethelm sah das, und wieder fiel ihm die Vermutung, daß der, den er sich am nächsten glaubte, schlimmen Verdacht gegen ihn hegte; aber das Klügste war doch immer zu tun, als ob er das nicht glaube; er sagte daher: „Wer's nicht anders ist, nehm' ich's an. Hat recht, Böttcher, es kann mir eins sein, was die Leut' denken, und ich tu' mich auch bei meinem Schwiegerohn zu sein. Weißt was, Böttcher? Geh mit.“

Martha verneinte, und Diethelm wiederholte seinen Vorschlag nicht. Denn wie alles in der Welt seine vielseitigen Gründe hat, so ging es auch hier. Diethelm wollte nicht nur zeigen, daß er keinen Gerichtshof schaue, er würde auch von der Ode in Hause und den ewigen Klagen seiner Frau erlöst, wenn er sich davonmache.

Diethelm hatte bei der bald daran folgenden Amtsaussammlung die Genehmigung, vom Amtmann Niagara — der so genannt wurde, weil er im Gespräch immer ein mächtig schmetterndes Gebläse erhob — mit besonderem Rahmen erwähnt zu werden, während den andern mit Recht vorgeholt wurde, daß sie kein freies Steueramt hätten, aber dafür keinen Tag aufzuwenden wollten, so daß ihnen schon jedes Wählen zu viel Mühe sei.

Diethelm sah stolz und selbstbewußt drein, und bei dem gemeinsamen Maße, das nach der Amtsversammlung gehalten wurde, erhielt Diethelm den Ehrenplatz neben dem Amtmann Niagara und half ihm tapfer lachen. Es gab besonders viele Wiederholungen über dieselben, die da gehofft hatten, daß den Geschworenen Tagelöder aus der Staatskasse ausgezahlt würden; der Steinbauer vor allem mußte sich viele Redeteile gefallen lassen, weil er auf sein Dispensationsgesuch einen abfälligen Beifall erhalten hatte. Der Angeklagte wagte es nicht, den Späßen des freundlichen Amtmanns entsprechend Widerwort zu leisten, und ohne sich auf eine nächste Erklärung einzulassen, behauptete er, daß er doch noch frei werde.

Noch nie kam Diethelm frohgemunter nach Hause, als von der heutigen Amtsaussammlung, und er wünschte sich, daß die Gerichtszeitungen nur bald beginnen möchten. Die Schenkebezeugungen von den Gerichten taten ihm gar wohl.

Als der Tag der Abreise kam, wollte es Diethelm wiederum lange werden, es erhielt ihm als ein gefährliches Spiel, das er mit sich treibe. Er nahm sein Gefüge nur bis G. mit, dort gesellten sich im Silwagen die anderen Geschworenen zu ihm, der Sternwart und der Steinbauer waren auch dabei.

Es war das erste Schwurgerichtstage seit undeutlichen Zeiten, und alle Mitwirkenden waren in feierlich gehobener Stimmung, der der Vorsitzende des Gerichtshofes und der Staatsanwalt wie der Altmeister der Rechtsanwälte breite Worte gaben. Bevorworscht ein Wort des Vorsitzenden drang Diethelm ins Herz, denn er hatte gesagt: ein Verbrechen, das ungeführt in der Seele ruht, gleich dem Brand in einem Kohlebergwerk; man stopft es zu und will das Feuer erlösen, aber es brennt weiter, unerträglich, ungestoppt, und eine Detonation, die sich aufdrückt, läßt die Flamme emporfliegen.

Diethelm fühlte bei diesen Wörten, wie es wirklich in seinem Eingeweide brannte, er hätte laut aufschreien mögen vor Schmerz, aber er bezwang sich. Als sich die Rechtsgelehrten der verschiedensten Stellungen gesprochen hatten, trat eine Pause ein. Man erwartete eine Ansprache aus der Reihe der Geschworenen. Einer stieß den andern an, er möge reden, und doch hatte jeder gespielt geprochen, die Pause dauerte reichlich lange, da erhob sich Diethelm. Er glaubte gerade befürchtet zu müssen zu müssen, wie lebt er der Bedeutungkeit der neuen Einrichtung entgegne; die Worte des Amtmanns bei der Wahlversammlung fanden ihm wohl Zusatz, und hatte er sie vorher nicht gescheut, mit freudigem Gesicht und gut groß zu tun, so hatte es mit einem freudigen Gedanken gewiß viel weniger auf sich. Ansatz bewand, dann aber mit freiem Stirn, wiederholte er, in seine Weise übertragen, jene Worte, und alle standen auf, als er plötzlich vorzeitig abbrach und die Hände faltend mit gehobtem Ton das Vaterunser sprach.

Bevor die Namen der Geschworenen verlesen wurden, stieg der Vorsitzende durch den Gerichtsschreiber ein ärztliches Zeugnis vor, das der Steinbauer beigebracht hatte und das ihn befreien sollte. Nach kurzer, leiser Beratung erklärte der Schwurgerichtshof, daß die Befreiungsgründe nichtzureichend seien. Diethelm schaute mit triumphierendem Lächeln auf den Steinbauer, der aber keine Miene verzog.

Nun ging es an das Verlesen der Namen. Der Vorsitzende nahm bald rechts, bald links die Zettel auf, die ihm die beiden Schreiber reichten, und warf sie in die Kiste. Dieses Aufzählen, Ausrufen und Berichten der Namen hatte für Diethelm etwas Eigenartliches, ganz Rätselhaftes. Es war ihm, als wäre er wie sein Name in fremde Gewalt gegeben.

Als jetzt die Namen aus der Urne gezogen wurden, ballte Diethelm bei jedem, der ausgerufen wurde, die Faust, um feinen Schreien zu zeigen, wenn er denjenigen hörte, über er kam nicht. Beim Namen des Steinbauers sprachen Staatsanwalt und Verteidiger gleich: „Abgelehnt!“ worüber ein Lächeln in der Versammlung entstand, und der Verteidiger mit höflicher Handbewegung die Ablehnung dem Staatsanwalt übertrug. Der Steinbauer schaute mit triumphierendem Lächeln auf den Steinbauer, seine Miene sagten: „Ich hab's gewußt, daß ich frei werde.“

Fortschreibung folgt.

Tagen im Unterhaus getan hat, so würde er zum Gespött von ganz Irland geworden sein!

Die zwangsläufige Dienstpflicht ist unter allen Umständen eine recht fragwürdige Maßnahme. Natürlich wird jeder Heerführer so viele Soldaten nehmen, wie er bekommen kann. Demgegenüber ist die Aufgabe des Politikers, für einen vernünftigen Ausgleich und vor allem dafür zu sorgen, daß die Nation vor dem Verhungern geschützt wird. In jedem Kriege kommt einmal der Augenblick, wo der leitende Staatsmann dem Feldherrn erklären muß: „So und so viele Truppen kann ich dir zur Verfügung stellen; kannst du damit nicht siegen, so müssen wir bekannt, daß wir geschlagen sind, und uns ergeben.“ Ein echter Soldat aber ergibt sich nicht, solange er nicht geschlagen ist; es bleibt also die Aufgabe des Politikers, noch im rechten Augenblick „halt“ zu rufen.

Wenn aber ein Land über solche wichtigen und entschlossenen Heerführer verfügt, wie z. B. Haig, die Politiker aber — ich nenne absichtlich keine Namen — es an gleicher Beschwörung scheinen lassen, so besteht die Gefahr, daß schließlich die Heeresleitung selbst mit den Anglern gerechnet wird, wenn nämlich der Politiker in einem Anfall von Panik ihr mehr Truppen zubilligt, als das Land entbehren kann. Eine solche Gefahr aber besteht für England bereits heute. Für Irland würde sie noch viel größer werden, wenn England Truppen nach Irland schicken sollte, um dort eine Zwangsrekrutierung vorzunehmen, über deren vernünftige Begrenzung kein Bedächtiger ein sichereres Urteil abgeben sich getrauen wird.

Zum Schluß verböhnt Shaw die Engländer, die ihre ganze Hoffnung für die Aufrechterhaltung der Mannschaftszahl auf die Vereinigten Staaten setzen. Mit vollem Gewichtsein spreche er nicht von der amerikanischen Hilfe als ausreichenden Erfolg für die Mannschaftszahlen an der Westfront; der sich über Europa und Asien erstreckende Kampf habe zwei Fronten, und es seien nicht ausgeschlossen, daß Amerika, wenn es seine Kriegsrüstung vollenden habe, seine Truppen gegen eine andere als die Westfront verwenden werde.

Kriegsbeschädigtenfragen.

Wie Kriegsbeschädigte zu einem Ehrenmitglied und einer Beleidigungsklage kam.

Es ist eine lustige Geschichte aus dem finsternen Preußen. Schade, daß Gerhard Hauptmann sie noch nicht zu einer Episode im „Vierpelz“ verarbeiten konnte. Aber vielleicht dient sie einst einem begabten Lustspielschriftsteller dazu, den freien Geist der Neuorientierung im vierten Weltkriegsjahr des Deutschen Reiches darzustellen.

In Ahaus in Westfalen fanden sich wie überall anders auch die Kriegsbeschädigten zusammen. Zu diesem Landesminister herzlich noch alter patriarchalischer Geist, und so wollte man natürlich von dem freien Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmern nichts wissen, sondern gründete eine Ortsgruppe des gelben Ehrenverbandes. Aber daß die Kriegsbeschädigten sich überhekt zusammenschlossen, gefiel dem Herrn Landrat nicht, und er wachte dem jungen Verein alle möglichen Schwierigkeiten, verbot Versammlungen, forderte Statuten ein und weigerte den Kriegsbeschädigten von Ahaus das Leben schwer. Sie läuft im Kreise zusammen und überlegten, was dabei zu tun sei. Einen Kampf gegen den mächtigen Herren anzunehmen, kam den wackeren Geldern nicht in den Sinn; denn ein Landrat ist ein großer Mann, und dieser Landrat war noch überdein Kammerherr, Gehheimer Regierungsrat und Bruder des Landwirtschaftsministers Freiherr v. Seckendorff-Liss. Man mußte also den jüngenden Gott verläugnen, und wie konnte man das besser tun, als dadurch, daß man ihm für sein Herzstück, oft bewiesenes Mitgefühl mit den Kriegsbeschädigten die Ehrenmitgliedschaft im Verein antrug. Eine zentrale Deel Eintrittsmögl. ward so beschlossen. Und der Herr Landrat läßt sich geehrt und nahm huldvoll an.

Aber nur: Darauf brachte der Postbote dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Stadtklohn, eines verachteten Platzens, eine Einladung zum Kriegsgericht, weil er eine Zusammenkunft der Ortsgruppe nicht ordnungsgemäß angemeldet hätte. Er hatte es wirklich in gutem Glauben unterlassen; denn das Schamal, da er eine Versammlung beim Bürgermeister angemeldet hatte, hatte ihn dieser freundlich erachtet, ihn nicht mehr zu belästigen; in so einem artigen gelben Kriegerverein erfuhr sonst nichts Ungehöriges, das wäre er ein für alle Mal. Doch die gute Meinung des Bürgermeisters läßt die bösen Vorwürden nicht vor dem Kriegsgericht: er mußte drei Mark Geldstrafe zahlen für Nichtanmeldung einer Versammlung.

Hausenbüro durchzogen die Brust der Ahausier Kriegsbeschädigten. Der Taler läßt nach Rache. Hatten sie dazu den Landrat zum Ehrenmitglied gemacht, daß man sie gar noch jetzt hochverachtet? Viele Kriegsbeschädigte beriefen sie eine neue Versammlung und beschlossen mit allen gegen eine Stimme, den Landrat von der Ehrenmitgliedschaft wieder zu streichen. Dachten sie es nie geran? „Dein böser Werk muß untergehen und Rache folgt der Frevelstet!“ Ein großer Feldzug aller Behörden begann gegen den gelben Kriegerverein; die Leiter, die ihm angehörten, erhielten vom Regierungsratspräsidenten in Münster die Auforderung, häuslichkeit aus dem Verein auszutreiben, da der Landrat gestrichen hätte, und der Vorsitzende rietet und bat, denn ihm hat der Herr Landrat eine schwere Klage wegen Beleidigung angehängt.

Natürlich lachten die bösen Kriegsbeschädigten darüber, die nie gehofft haben, daß sie einen Landrat zum Ehrenmitglied im Lande hätten. Aber das sind Menschen, die durch den Krieg gern verrückt sind und den ganzen neuen Schmerz der Kriegsbeschädigten von Ahaus und Stadtklohn nicht zu würdigen wissen, die durch ein Verhandlungsvorrecht zu einem Ehrenmitglied kamen und um einen Taler ihren Landrat wieder verloren. Vielleicht möcht jetzt der gelbe Kriegsbeschädigerverein den Kommerzienrat von Schlesien zum Ehrenpräsidenten: dann vermeidet er ihm diese Grausamung und geht der Konflikt weiter, so würden wir schweres Unheil für Deutschlands Zukunft. „So wählt die alte Wölfin ne schäßliche Frau.“

Reichsbund und Hamburger Bund.

Zwischen dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmern und dem Hamburger Bund deutscher Kriegsbeschädigter waren seit längerer Zeit Einigungssversammlungen im Gange. Nachdem die Grundlagen der Vereinigung vereinbart waren, wurde beschlossen, einen gemeinsamen Zusammenschluß in Weimar einzukalken, dessen Erfüllung endgültig maßgebend sein sollte. Dieser war fortwährend und in den Plänen der Hamburger Organisation in weitem Umfang eingegangen; nur der Verlangen nach Rücknahme der unerwünschten Kriegsteilnehmer in den Bund wurde abgelehnt, doch erklärten die Hamburger Delegierten, barum die Einigung nicht weiteren laufen zu wollen. Unmittelbar nach der Reimerter Tagung erhielten im amtlichen Organ des Hamburger Bundes ein Letzteurteil, der die Reimerter Tagung kritisch präs und die vollen Ergebnisse Einigung feierte.

Natürlich hat sich der Hamburger Bund eines anderen befreiten. Seine Partei hat eine vom Ehrenrat gelben Verband abgesetzte Einigungserklärung ihm angeschlossen hat, will er keine Sondererscheinungen fortsetzen. Erneut liegt in über klar, daß eine größere Zahl der Ortsgruppen und Mitglieder diesen Zweck der vereinigten Vereinigung nicht mitmachen, sondern sich dem Reichsbund anschließen wird.

Einigung aller politischen Nebenabteilungen.

In Berlin ist ein Bund deutscher Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigter gegründet worden. Seinen Vorstand bilden ein Generalinspekteur, ein Divisionschef, ein Politkonsulent, ein Sprecher des inneren Betriebsausschusses. Ein Förderungsverein

von zehn Reichstagsabgeordneten aller bürgerlichen Parteien erhält einen Aufruf, in dem sie dieser Neugründung nachdrücklich, daß sie „unter Ausschaltung aller politischen und berufsständischen Nebenabteilungen unmittelbar aus Soldatenkreisen entstanden“ sei. Demgegenüber genügt die Feststellung, daß mit verhindernden Ausnahmen die Leiter und Männer dieses Bundes wie den Soldatenrock getragen haben, gezeigt werden kann, daß die Nation vor dem Verhungern geschützt wird. Ebenso komisch ist die These, eine Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten „auf bürgerlichem Boden“ d. h. also unter Ausschluß der Sozialdemokratie zu bilden. Neben dieser Einheitlichkeit sind heute selbst die Kriegervereine hinaus! Im deutschen Feuerwehr hat man ja die Sozialdemokratie auch rechtlich gebraucht. Mit der Ausschaltung aller politischen Nebenabteilungen, die sich im Ausschluß der Sozialdemokratie zeigt, kann man vielleicht eine Fiktion des alten Reichsverbandes gründen, aber keine gesunde Kriegsbeschädigtenvereinigung.

Aus der Partei.

Der Parteiausschuß

beschäftigte sich im weiteren Verlaufe seiner Sitzung am Freitag mit dem Entwurf des neuen Aktionsprogramms. Genosse Scheidemann eröffnete das Referat. Es könnte kaum eine Rede davon sein, daß dieser Plan irgendwelche Forderungen des Erfurter Programms aufweisen oder preisgeben oder gar das Programm als Unterlage unserer politischen Arbeit ausschalten wolle. Entsprechend der Ausschaffung des Würzburger Parteitages sollte es vielmehr die Richtlinien geben für unser Handeln gewissen Notwendigkeiten gegenüber, vor die der Krieg die Partei gestellt habe. In diesem Charakter als Arbeitsplan seien, auch die Beschränkungen begründet, die sich die Kommission bei der Abschaffung habe auferlegen müssen.

Nach einer längeren Aussprache, in welcher allgemein die Arbeit der Kommission für die Ausstellung des Aktionsprogramms anerkannt wurde und einige Wünsche nach Erweiterung geäußert wurden, stellte sich der Parteiausschuß in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand auf den Standpunkt, daß man der Presse und den Organisationen noch Zeit lassen müsse, den Entwurf ausgiebig zu diskutieren. Die endgültige Beschlussschaffung wird deshalb bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Genosse Otto Braun vom Parteivorstand macht noch Mitteilungen über die Entwicklung der Parteipresse und der Organisation, wie sie sich nach den vorläufig noch nicht vollständigen Berichten der Organisationen darstellt. Sie ergeben, daß die Presse eine höchst erfreuliche Zunahme an Lesern zu verzeichnen hat und daß auch die Parteorganisation in guter Aufzugsentwicklung begründet, die sich die Kommission bei der Abschaffung habe auferlegen müssen.

Die polnische Sozialdemokratie in Österreich. Auf dem Parteitag der polnischen Sozialdemokratie, der zu Pfingsten in Krakau tagte, wurden das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, der Eintritt der polnischen Sozialdemokratischen Fraktion in den Polenklub, die Abstimmung für das Budget und die Kriegsfreizeit auf das heftigste getadelt. Ein Antrag der Opposition, der die Annahme des Nationalitätenprogramms der Linken forderte, wurde abgelehnt, nachdem Dr. Szyski erklärt hatte, daß „wie immer man über die Vergangenheit denkt, doch für die Zukunft alle einigen darüber, daß jetzt nur noch der Weg der schärfsten Opposition offen stehe“, und daß die Partei in Zukunft andre Wege gehen, in energischer Opposition gegen die Regierung verharren und den Anschluß an die anderen sozialdemokratischen Parteien in Österreich suchen werde. Nach diesen Ausführungen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Errichtung einer unabhängigen polnischen Republik mit gesichertem Zugang zum Meer fordert und die Parteivertretung auffordert, die Verständigung mit allen sozialdemokratischen Parteien anzustreben, mit denen sie möglich ist auf der Grundlage der Freiheit und der internationalen Solidarität.

Aufruf der österreichischen Sozialdemokratie. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei in Österreich, in dem unter Hinweis auf die allgemeine europäische Lage festgestellt wird, daß der gegenwärtige Augenblick Missständen nicht günstig ist. Die Reichskonferenz fordert daher die Arbeiter auf, im gegenwärtigen Augenblick größere Zustände zu vermeiden. Die Reichskonferenz warnt die Arbeiterschaft vor Überhöhung ihrer Kraft und vor Unbesonnenheiten, die nur zur Niederlage führen könnten und die Arbeiterschaft für die Zukunft kampfunfähig machen würden.

Gewerkschaftsbewegung.

Verband der Deutschen Buchdrucker. An Stelle des verbotenen langjährigen ersten Vorsitzenden Döblin wählte die in Würzburg tagende Generalversammlung den Kollegen Seiß. München zum ersten Vorsitzenden, während der bisherige zweite Vorsitzende Gräbmann auf seinem Posten verblieb. Neben die Verhandlungen der Generalversammlung selbst bringen wir morgen einen kurzen zusammenfassenden Bericht.

Der „heilige Geist“ von Weiden.

Vor dem Landgericht der oberpfälzischen Industriestadt Weiden stand vor kurzem eine Verhandlung statt, in der ein seit Jahren betriebener religiöser Schwund seine Aufklärung fand. Der zentralsozialistische Regensburger Anzeiger vermittelte es in seinem Bericht ängstlich, die Namen der an der Affäre hauptbeteiligten Personen zu nennen; er sagte nur, daß ein früherer (?) Kooperator B. in unerfreulicher Weise in die Sache verwickelt sei und daß im Hause des Hauptlehrers L. die „Befürden“ und sonstigen Zusammensetzung des „Opferfeuerbundes“ stattgefunden haben. Durch das Weiener Lokalblatt, den „Oberpfälzer Kurier“, konnte man wenigstens erfahren, daß der Name des Koooperators J. in Hanau und der des Hauptlehrers Lindner ist. Bei diesen Zusammenkünften — so lagt der die tollsten Dinge nicht einmal andeutende Bericht des Weidener Blätthens — „wurde eine ungeheure Wirkung von religiöser Eigenbröderlei, seltener Profits mit geheimen Zusammensetzungen, ungewöhnlicher Gebeis- und Befürden, mit Privatessenbarungen und himmlischen Erlebnissen empor, daß es geradewegs unheilvoll erscheint, daß einigermaßen vernünftig denkende Menschen diesem Tun sich anschließen können.“ Die Näherricht habe es verstanden, die Führung in diesem Kreis zu sich zu reißen, sich loszusagen als Medium der himmlischen Geister, als ausserweltliches Werkzeug aufzuspielen und diese ihre Stellung durch immer neue vorgespielte Erscheinungen und erbitterte Visionen zu festigen.“ Und leider sei es ihr auch gelungen, den Kooperator Frankauer, „dessen sonstige Tätigkeit in Weiden wohl gesellige Amkeiten nach“ in bestreiter Weise zu ihren Zwecken auszunützen. Mit den „sinnlosen Erlebnissen“ und „Privatessenbarungen“, deren Resultat die Anna Kreuzer war, scheint es vielfach eine recht unsoziale Bewandtnis gehabt zu haben, was schon daraus hervorgeht, daß das Gericht während der Erörterung dieser Dinge die Offenheit ausdrückt. Anger dem Herrn Kooperator wies bei den Zusammenkünften der „heilige Geist“ eine bedeutende Rolle. Aller Anfang, den das Medium Kreuzer anstieß, geschah nach ihrer Beschwerung auf Besuch des „heiligen Geistes“, und die Armen im Geiste, mit Einschluß des Hauptlehrers, glaubten steif und fest daran. Die „Asterling“ bei den Zusammenkünften scheint — ob mit oder ohne Zutun des heiligen Geistes — aus das ferne Grenzgebiet verführt zu haben, dass es kaum öfters vor, daß Frankauer in seiner Ver-

fügung seine Andacht auf der Kreuzer Insel vertrat, wobei die „asterlingische“ Näherrin ohnmächtig zu werden pflegte und dann nicht mehr wußte, was weiter mit ihr geschah. Der Skandal dieser Befürdenungen des „Opferfeuerbundes“ und das Treiben der vom „heiligen Geist“ überwatteten Schwester wurde höchstlich so arg, daß das bischöfliche Ordinariat einschreiten mußte und den Kooperator versetzte. Den „heiligen Geist“ der Näherrin Anna Kreuzer aber hatte man leider nicht versetzen können, und so ging der Unfall erst recht weiter. Die Kreuzer wollte offenbar die Rückerinnerung der Verfehlung ihres geistlichen Freunden und Mitarbeiters erzwingen und verprüfte das durch allerhand Gewaltakte; es wurden im Pfarrhof und im Hause des Thronregenten wiederholt die Fenster eingeworfen, Dröhriente und Brandstiftungen unternommen, nicht bloß im Weidener Pfarrhof, sondern sogar im beschäftigten Ordinariate in Regensburg. Diese Straftaten waren es, die zur Anklage vor dem Landgericht Weiden führten.

Charakteristisch für unseren ganzen Kulturzustand ist nun die Tatsache, daß in der Verhandlung eigens ein theologischer Sachverständiger, der Domdekan Dr. Kiesel aus Regensburg, über die Möglichkeit himmlischer Offenbarungen vernommen wurde.

Die psychiatrischen Sachverständigen, die beiden Direktoren der Heilanstalten Korthaus, Brüll und Wöllersdorf, erklärten die Angeklagte Anna Kreuzer für voll verantwortlich, wenn sie auch hervorhoben, „daß ihre Straftaten auch die Frucht des verderblichen Einflusses waren, dem die hysterische veranlagte Person ausgehört war.“ Bei diesem „verderblichen Einflusse“ können die ärztlichen Sachverständigen wohl kaum an den „heiligen Geist“ sondern nur an den immer noch „hochwürdigen“ Herrn Kooperator gedacht haben.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Landgericht aber billigte der Schwesterin mildere Strafen an (zwei zu Leben wegen des „verderblichen Einflusses“) und erkannte nur auf acht Monate, wovon auch noch drei Monate Untersuchungshaft abgehen.

Wird jetzt Ruhe werden in Weiden mit den „Offenbarungen“ oder wird der „heilige Geist“ des Schwundes und der religiösen Verirrtheit in ein anderes Medium fahren?

Aus dem Gerichtsaal.

Ein Goldschieberprozeß gegen 19 Personen beschäftigte fast eine Woche lang das Landgericht München. Die Anklage nahm an, daß 20 Markstücke im Betrage von 40 000 Mark bis zum Preise von 42 Mark eingekauft und mit erheblichem Nutzen verkauft wurden. In der Verhandlung wurde durch Sachverständige u. a. festgestellt, daß Goldschmiede in München, besonders für Trauringe und 20-Markstücke, zu 50 bis 60 Mark bezahlt haben und daß in Watzbau und Lobs für 100 Mark in Gold 800 Mark geboten wurden. Beim Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von zwei bis fünf Monaten und dazu Geldstrafen von 4500 bis 400 Mark, ach zu Geldstrafen von 1800 bis 2000 Mark verurteilt und einer freigesprochen.

Um einen Hosenknopf! Der „Dortmunder General-Anzeiger“ berichtet: Ein hochangesehener Architekt bestieg in höchster Eile ein Eisenbahnabteil 2. Klasse. Er hatte einen Hosenknopf offen, woran er keine Ahnung hatte. Ein Gerichtsassessor Wessel aus Eilen sah die nicht ordnungsmäßig beschaffene Hose. Er brachte das in Zusammenhang mit zwei im Abteil sitzenden Damen und erstattete Anzeige. Der Architekt wurde vom Schöffengericht wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor der Strafammer als Berufungsgericht wurde der völlig unbekohlte Mann freigesprochen.

So haben sich also zwei Gerichtshöfe mit der Angelegenheit eines offenen Hosenknopfes befaßt müssen, ehe die Vernunft ob siegte. Das geschah, trotzdem mit dem Hinweis auf die Verfehlung der Gerichte wiederholte Mahnungen ins Volk gingen, Anzeigen wegen unwichtiger Dinge doch ja zu unterlassen! — Aber es mußte freilich ausgerechnet ein Gerichtsassessor sein, der die Justiz mit einer solchen Kapalle zu hochmütiger Aktion veranlaßte! — Daher der Name „Assessorismus“.

Aus Nah und Fern.

Müller auf allen Gebieten. Waren schon im vorigen Jahre die Weinpreise ungemein emporgestiegen, so sind sie in diesem Jahre ganz ohne Maß und Ziel. Der Preismuß fährt zunächst bei den Weinstegen an, worüber jetzt zahlreiche Mitteilungen durch die Presse laufen. Ein einziger Auktionsstag in Bernkastel an der Mosel brachte 1.035 640 M., im Durchschnitt 11.903 M. für das Gut. Das kostbare Gut — ein Fuder sind 824 Liter — kam noch über 7500 M. Gonan hoch qualitativste Preise erzielten die Rheinweine. Bei einer Weinmeisterschaft in Düsseldorf wurden für 27.000 Liter 1917er Weißweine 432 240 Mark zahlt. Das sind durchschnittlich 16 M. pro Liter. Für eine billige Sorte wurden 19.000 M. pro 100 Liter gezahlt, für die teuerste 100.000 M. pro 100 Liter. Der Weißwein wurde auf einer Auktion 61.500 M. für tausend Liter erzielt, also 61.500 M. für das 21. Wie man sieht, können Produzenten, ohne daß sich das Reichswirtschaftsamt erkennt, weiter unerhoffte Preise nehmen; nur kostspielige Sorten, von denen im vorigen Jahre viel die Rede war, hört man nichts mehr. Nach dem Erzeuger müssen aber auch noch die verschiedenen Händlergruppen und die Wirts freigiebt verdienen.

Wer Fas's lieben kann! ... Im „Berliner Tageblatt“ zeigt eine Berliner Vermittlerin an:

Erfklassiges E-Kohlesheim

in Budapest

(Cipper Gebrauchsrit)

Wiss., Mett- und Pfeff.- und Kräuter-, fünf

Wahlstellen, keine Fleisch- und Fettstellen

Teige; Eier, Milch und Butter reichlich.

Fassensetzung 25 M. Nähre

Artkunst erzielt.

25 M. sind eine halbe Stunde Fahrt, und es gibt

auf der Fahrt, die am — freitags nicht — im Stadtgebiet verkehrt, um sich die Fahrt in das verbotene Schlaraffenland leisten zu können!

Der große Markt in Istanbul. Mit den erstaunlichen Meldungen der Näherrichtung ist der Markt in Istanbul in den ganzen östlichen Teilen des Sultan-Selim-Eckviertels, der Gründung der beiden Seiten der Käfig-Moschee und existiert. Die Moschee ist jedoch und die dazu gehörenden Bauwerke ebenso unverhüllt. Die meisten abgebrannten Holzhäuser sind nicht verbrannt. Die Gesamtschäden umfassen beträgt 40 000 bis 50 000 £ und.

Heiteres.

Im Eiser. Richter: „Sie bestreiten entschieden, Ihrem Gläubiger eine Ohrfeige verlest zu haben?“ — Angeklagter: „Ich hab ihm ja